

## **34. Europaministerkonferenz der Länder**

am 5. Dezember 2002  
in Berlin

**TOP 2: Erweiterung der Europäischen Union**

**Berichterstattung: Niedersachsen, Sachsen**

### **Beschluss**

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.
2. Die Europaminister und –senatoren begrüßen die anstehende Erweiterung der EU als einen entscheidenden Schritt zur langfristigen Sicherung einer stabilen europäischen Friedensordnung. Dieser Prozess ist nicht nur historisch begründet, sondern eine politische Notwendigkeit, die zu Freiheit, Demokratie und Wohlstand in ganz Europa beiträgt. Die Erweiterung stärkt das Gewicht der Europäischen Union in der Welt.
3. Die Europaminister und –senatoren bekräftigen ihre Hoffnung, dass die Beitrittsverhandlungen im Dezember dieses Jahres mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern abgeschlossen werden und dass diese Länder im Jahr 2004 als Mitglieder der EU an den Wahlen zum Europaparlament teilnehmen können. Sie appellieren an den Europäischen Rat, auf dem anstehenden Gipfel in Kopenhagen die noch offenen Fragen zu klären.<sup>1</sup>
4. Die Europaminister und –senatoren nehmen die Schlussfolgerungen der Kommission in den aktuellen Fortschrittsberichten zum Stand der Angleichung der Rechtsvorschriften und zum Ausbau der Verwaltungskapazitäten zur

Kenntnis, wonach in einigen Bereichen noch dringender Handlungsbedarf besteht. Sie verweisen darauf, dass die Umsetzung und Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstandes auch nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen überwacht wird. Sie ermutigen die Beitrittsländer, die begonnenen Maßnahmen zur Umsetzung des *acquis* und zur weiteren Stärkung der Verwaltungskapazitäten energisch fortzusetzen und bekunden ihre Bereitschaft, sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen (Twinning).

5. Vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung wird eine Reform der Europäischen Union immer dringlicher. Die Europaminister und –senatoren bekräftigen daher ihre Erwartung, dass im Rahmen des Konvents zur Zukunft der EU und der folgenden Regierungskonferenz ein Verfassungsvertrag für Europa erarbeitet wird, der die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet und eine klarere Zuständigkeitsabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie zwischen den einzelnen Institutionen der EU beinhaltet. Sie verweisen auf die hierzu gefassten Bundesratsentschlüsse.<sup>2</sup>
6. Die Europaminister und -senatoren der Länder werden im Rahmen der europapolitischen Informations- und Kommunikationspolitik im Jahr 2003 einen besonderen Schwerpunkt auf die Erweiterung der Europäischen Union legen. Dabei sichern sie sich die wechselseitige Unterstützung im Hinblick auf bewährte Methoden der Kommunikations- und Informationsarbeit zu. Zur Verstärkung von Synergieeffekten ist darüber hinaus eine bessere Abstimmung seitens der Dienststellen der Europäischen Institutionen und der Bundesregierung mit den Ländern notwendig.
7. Die Europaminister und –senatoren erwarten von dem von der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission im Rahmen der Kommunikationsstrategie eingesetzten zentralen Ansprechpartner (Communication Director) eine Zusammenarbeit mit den Ländern sowie eine aktive Wahrnehmung und Vertretung der Länderinteressen.
8. Sie beauftragen die EMK-Arbeitsgruppen, die weitere Entwicklung zu verfolgen und ihnen zu gegebener Zeit zu berichten.

**Protokollerklärungen:**

1. Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen geben folgende Ergänzung zu Protokoll:  
Der Europäische Rat sollte eine revidierte Strategie zur Unterstützung der Türkei erwägen, die eine detaillierte Bewertung beider Seiten einschließt, wie das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei auf die Grundlage einer besonderen Partnerschaft gestellt werden kann, in deren Rahmen sowohl die EU als auch die Türkei die Bedeutung des jeweils anderen Partners anerkennen.
  
2. Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Hamburg geben folgende Erklärung zu Protokoll:  
Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Hamburg sind der Auffassung, dass nun umgehend Vorschläge zur dringend erforderlichen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie EU-Strukturpolitik nach 2006 vorzulegen sind. Dabei ist eine Reform der Strukturpolitik von besonderer Brisanz, da andernfalls für die nächste Finanzielle Vorausschau in diesem Bereich ein erheblicher Kostenschub zu erwarten ist.